

Vorgeschichte wird verschwiegen

Zum Kommentar von Kristina Dunz „Putins entlarvende Lügen“ in der OP vom 10. Mai 2022 schreibt Hajo Zeller diesen Leserbrief, der am 14. Mai veröffentlicht wurde.

Kristina Dunz, stellvertretende Leiterin der Hauptstadtredaktion des Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), bezichtigt in ihrem Kommentar den Präsidenten der Russischen Föderation der Lüge. Sie macht ihre Bezeichnung an dessen Aussage fest, „er (Wladimir Putin) habe sich vergeblich um Dialog mit dem bedrohlichen Westen bemüht“. Der anschließende Versuch, die Aussage als Lüge zu entlarven, ist ein Lehrstück für politische Propaganda und Manipulation.

Für Frau Dunz beginnt die Geschichte des Krieges drei Tage vor dem Einmarsch der russischen Truppen. Dabei verschweigt sie die gesamte Vorgeschichte seit dem Zerfall der Sowjetunion. Sie vergisst die vergeblichen und fast flehentlichen Bemühungen Russlands um einen Platz im „gemeinsamen Haus Europa“, ein Begriff, der von Michael Gorbatschow geprägt wurde. Sie unterschlägt das Erodieren der Sicherheitsarchitektur durch einseitige Aufkündigung von Rüstungskontrollabkommen durch die USA.

Und sie blendet die Entwicklung in der Ukraine selbst aus. Ist es eine Lüge, dass die USA den Putsch in der Ukraine mit fünf Milliarden Dollar unterstützt haben? Ist es eine Lüge, dass tausende von Nato-Soldaten als „Militärberater“ und in „Ausbildungsmissionen“ in der Ukraine stationiert sind? Ist es eine Lüge, dass im Osten der Ukraine 14 000 Menschen durch den Bürgerkrieg gestorben sind, darunter viele Alte, Frauen und Kinder? Ist es eine Lüge, dass die ukrainische Regierung die völkerrechtlich verbindlichen Vorgaben von Minsk II nicht umgesetzt hat und auch gar nicht umsetzen will?

Die vielfältigen Vorschläge Russlands zum Dialog über gegenseitige Sicherheitsgarantien wurden nicht aufgegriffen. Aufgrund der konkreten Entwicklungen in der Ukraine unternahm Russland im Dezember 2021 (!) einen letzten, ultimativen Versuch, in separaten Vertragsangeboten an die USA und die anderen Nato-Staaten diese Sicherheitsgarantien zu erzwingen.

Die Vertragsentwürfe und die ablehnenden Antworten von USA und Nato wurden von Russland veröffentlicht. Westliche Medien, auch das RND, haben nicht darüber berichtet. Hätten sie es getan, wäre dem Kommentar von Frau Dunz die Grundlage entzogen gewesen.

Nachtrag: Die lokale Berichterstattung rund um das Thema „Krieg in der Ukraine“ folgt nicht der einseitigen Linie im überregionalen Teil. Gut so. Wir Leser:innen sollten fragen: Was können wir tun, um die lokale Linie im überregionalen Teil zu verankern? Und was können die lokalen Redakteur:innen tun, um ihre Leser:innen bei diesem Vorhaben zu unterstützen?